

Zeitschrift: Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association Suisse des Electriciens, de l'Association des Entreprises électriques suisses

Band: 65 (1974)

Heft: 10

Artikel: Öffentlichkeitsarbeit und Regierungspolitik

Autor: Maybury, P.A.

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-915412>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

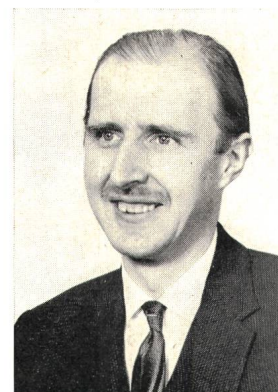
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 19.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Öffentlichkeitsarbeit und Regierungspolitik

Von P. A. Maybury



Das Interesse der Regierungen an der Elektrizitätsversorgung ist keineswegs neu. Bereits im Jahr 1882 verabschiedete das britische Parlament das erste Gesetz über die Elektrizitätsversorgung im Vereinigten Königreich, und weitere folgten schon bald darauf. Zum grossen Teil dienten diese frühen Gesetze dazu, die Rechte, Pflichten und Verbindlichkeiten sowohl der Elektrizitätsversorgungsunternehmen als auch der Abnehmer festzulegen; darüber hinaus waren sie jedoch auch richtungweisend für die Weiterentwicklung.

So wurden z. B. durch das erste Gesetz eher kommunale als private Unternehmen bevorzugt; später wurde dann die Zusammenlegung von Unternehmen erschwert, noch später jedoch die Bildung gemeinsamer Unternehmen durch lokale Behörden genehmigt. Im Jahr 1919 wurden «Elektrizitäts-Kommissäre» ernannt und mit der Reorganisierung des Versorgungssystems auf regionaler Basis – allerdings mit freiwilliger Beteiligung – beauftragt. Sieben Jahre später wurde eine zentrale Elektrizitätsbehörde für den Bau eines landesweiten Netzes von Übertragungsleitungen gebildet, über die die von bestimmten Kraftwerken erzeugte Elektrizität sozusagen im Grosshandel an die lokalen Verteiler gelangen und von diesen dann weiter an die Abnehmer geliefert werden konnte. 1937 wurde in einem Weissbuch der Regierung der Zusammenschluss der Verteilungsunternehmen zu grösseren Gruppierungen vorgeschlagen, und obwohl der Zweite Weltkrieg eine entsprechende Gesetzgebung zunächst verzögert hatte, wurde schliesslich im Jahr 1947 die gesamte Elektrizitätsversorgung in Grossbritannien, Wales und Schottland in öffentliches Eigentum eingebracht.

Heute ist in Grossbritannien die Regierung hinsichtlich zahlreicher Aspekte der Elektrizitätsversorgung unmittelbar betroffen. So obliegt z. B. zuständigen Ministern die Berufung der Mitglieder der institutionellen Organe, die die Elektrizitätswirtschaft bilden. Jedes dieser Organe hat den Ministern jährlich einen Bericht vorzulegen. Auch vor Errichtung eines Kraftwerkes, einer Übertragungs- oder Verteilungsleitung ist die ministerielle Zustimmung einzuholen. Ferner kann auch ein grosser Teil des Kapitalbedarfes der Elektrizitätswirtschaft nur durch das Schatzamt aufgebracht werden. Darüber hinaus kann der zuständige Minister «Richtlinien allgemeiner Art» erlassen, wenn er diese im nationalen Interesse für erforderlich hält.

Praktisch bedeutet das, dass die Regierung auch auf Bereiche Einfluss nehmen kann, für die sie nicht unmittelbar zuständig ist, und das sollte nicht verwundern. Die Elektrizitätsversorgung ist ein wesentlicher Faktor in unserer heutigen Welt: letzten Endes ist jeder Einzelne in der einen

oder anderen Weise von ihr abhängig. Das in diesem Wirtschaftszweig investierte Kapital ist beträchtlich. So belief sich das Reinvermögen der Elektrizitätswirtschaft von England und Wales Ende März 1973 auf 5,288 Milliarden £; und ein Kraftwerk kann allein schon 200 Millionen £ kosten. Der Jahresumsatz ist im Vergleich mit anderen Wirtschaftszweigen hoch; im Finanzjahr 1972/73 betrug er – wiederum für England und Wales – 1,926 Milliarden £. Die Elektrizitätswirtschaft beschäftigt ferner eine grosse Zahl von Arbeitskräften, und einige ihrer Massnahmen können sich auch auf andere Wirtschaftszweige auswirken, so dass ihre Wirkungskraft über den eigenen Sektor hinausgeht.

Auch hat die Elektrizitätswirtschaft Verpflichtungen im sozialen Bereich, mit allem, was damit einhergeht, sobald die Regierung mitbeteiligt ist. Die britischen Elektrizitätsunternehmen (Boards) sind zur besonderen Berücksichtigung des Landschaftsschutzes satzungsgemäss angehalten, und ferner erwartet man von ihnen die Unterstützung einer Politik der Elektrifizierung der ländlichen Gegenden, obwohl dies auf Jahre hinaus finanziell zum grossen Teil unrentabel sein wird. Die Elektrizitätswirtschaft musste zeitweilig mehr Kohle verbrennen als sie es bei völliger Entscheidungsfreiheit getan hätte. Sie ist ein Wirtschaftszweig, der erheblich zur regionalen Wirtschaftsentwicklung beitragen kann. So kann die Errichtung eines Kraftwerkes neue Strassen, Eisenbahnlinien und Hafenanlagen mit sich bringen. Die Elektrizitätswirtschaft ist einer der grössten Grundbesitzer; und ihre jährlichen Abgaben tragen erheblich zur Aufbesserung der Gemeindehaushalte bei.

Bisher habe ich zwar hauptsächlich über die Situation in Grossbritannien berichtet, aber der grösste Teil des Gesagten trifft auch auf die übrigen Mitgliedsländer der UNIPED zu. Die Regierungen müssen unserer Tätigkeit angesichts der Unentbehrlichkeit der Elektrizitätswirtschaft sowie des mit ihr verbundenen Kapitalaufwandes stärkstes Interesse zuwenden. Von Regierungen einzelner Länder können wir in diesem Zusammenhang heute gar nicht mehr sprechen, denn die Elektrizität und alle Einflüsse, die auf sie einwirken, gehen über die Landesgrenzen hinaus. Viele unserer Länder sind durch Übertragungsleitungen und Energieaustausch wirtschaftlich miteinander verbunden. Unser Kapitalbedarf wird nicht mehr auf nationaler Ebene aufgebracht, sondern auf dem internationalen Geldmarkt werden Anleihen gegeben, Aktien und Wertpapiere emittiert. Auch die Primärenergiequellen sind unser gemeinsames Anliegen, das nicht im Alleingang behandelt werden kann. Diejenigen unter uns, deren Land Mitglied der Europäischen Gemeinschaften ist,

wissen, dass eine gemeinsame Energiepolitik zwar noch nicht praktiziert wird, aber doch im Ansatz vorhanden ist. Andere Mitgliedsländer der UNIPÉDE gehören der Internationalen Atomenergiebehörde oder ähnlichen Organisationen der Vereinten Nationen an. Ihr Einfluss muss zunehmend fühlbar werden; und wir als PR-Praktiker sollten uns dessen zunehmend bewusst werden.

Welche Rolle spielt nun die Öffentlichkeitsarbeit im Hinblick auf die Politik nationaler Regierungen und supranationaler Behörden? Im Grunde machen wir keinen Unterschied, ob wir es mit Regierungen oder Einzelpersonen oder Institutionen zu tun haben. Unsere Aufgabe ist es, ein in beiden Richtungen funktionierendes Kommunikationssystem zwischen unseren Unternehmen und den ihnen gegenüberstehenden zahlreichen Kreisen der Öffentlichkeit herzustellen und aufrechtzuerhalten. Wir müssen den Standpunkt unseres Wirtschaftszweiges vertreten, gleichzeitig aber auch unseren Vorsitzenden und Direktoren die Ansichten der Institutionen verständlich machen, mit denen wir in Kontakt stehen. Eine dieser Institutionen, und zwar eine der bedeutendsten, ist die Regierung. Zweifellos kann diese Bedeutung nicht ohne Auswirkung auf unsere Taktik, wenn nicht gar auf die grundlegende Strategie bleiben. Aber wir müssen zunächst eindeutig klären, was wir unter Regierung verstehen.

Vom Standpunkt der Öffentlichkeitsarbeit aus betrachtet, würde ich sagen, dass mit «Regierung» nicht nur die Minister, die das Kabinett bilden, gemeint sind, sondern auch alle die Organe, die Einfluss auf sie nehmen – und wenn die Regierung eine «Regierung des Volkes durch das Volk und für das Volk» ist, dann sind diese Einflüsse sehr zahlreich. Die Regierungspolitik wird beeinflusst durch die Mitglieder des Parlaments, durch den Staatsbeamten, durch politische Journalisten, durch Verbände und Industrie, des Handels und des Gewerbes sowie durch Organisationen, die eine einigermassen starke weltanschauliche oder religiöse Meinungsgruppe vertreten. Wenn die Stimme der Elektrizität gehört werden soll, muss verständlich gemacht werden, was sie zu sagen hat, und zwar den Politikern und Beamten sowie allen, die in einflussreicher Stellung sind und ein Ohr dafür haben. Unsere Erklärungen dürfen nicht in aggressiver Form erfolgen, denn das wäre Propaganda, nicht aber Öffentlichkeitsarbeit. Unsere Aufgabe ist es, zu beurteilen, vorauszuschauen und zu informieren.

Die Information mag der Teil unserer Arbeit sein, der am meisten ins Auge fällt, ist jedoch nicht unbedingt der wichtigste. Die Regierungen können auf andere Weise als durch die Öffentlichkeitsarbeit von den besonderen Anliegen der Elektrizitätswirtschaft unterrichtet werden, obwohl unser Sachwissen erforderlich ist, wenn die Information ihre grösste Wirkung erzielen soll. Wichtiger aber noch ist bei unserer Tätigkeit für unsere Unternehmen, die wahrscheinlichen Reaktionen der Regierungen einzuschätzen, die – wie gesagt – zahlreichen Einflüssen unterliegen.

Wir müssen voraussehen, wie sich die öffentliche Meinung einstellt und wie sich das auf die Überlegungen der Regierung auswirkt. Wir müssen das Gewicht der einzelnen Stimmen ausloten, die sich Gehör zu verschaffen suchen, und wir dürfen nicht unbedingt auf die lauteste hören. Wir müssen mit den Meinungsbildnern Kontakt halten – und zwar nicht nur mit denen in unserem eigenen Land, denn wir

müssen dem Entstehen supranationaler Behörden Rechnung tragen und erkennen, dass Bewegungen, Ideen und Ideale sich ihren Weg über Landesgrenzen hinweg bahnen können. Ein Beispiel hierfür ist die Besorgnis um die Umweltprobleme, denen unser Symposium in Rom gewidmet war und die auch ein Hauptthema beim Haager Kongress waren. Wie wir alle wissen, hatte dieses Phänomen nicht nur einen ganzen Kontinent erfasst, sondern ging darüber hinaus, und seine Auswirkungen beeinflussten die Regierungen zahlreicher Länder. Und noch weniger weit zurück liegt die Furcht vor einem weltweiten Energiemangel, ebenfalls Anlass für zahlreiche und unterschiedliche Meinungsäusserungen. Es ist nicht Sache der Öffentlichkeitsarbeit, über die Gültigkeit der einzelnen Ansichten zu urteilen, sondern unsere Aufgabe besteht darin, zu einem Urteil darüber zu gelangen, welches Gewicht diesen unterschiedlichen Ansichten von den Regierungen beigemessen wird, und vorauszu sehen, welche Entscheidungen diese vermutlich treffen werden.

Desgleichen ist es Aufgabe der Öffentlichkeitsarbeit, die Regierungen für die Belange der Elektrizitätsversorgung zu gewinnen; und wiederum meine ich mit «Regierung» alle die Organe und Institutionen, die am Zustandekommen von Entscheidungen beteiligt sind. Um unsere Sache durchzubringen, bedarf es harter und ununterbrochener Arbeit, denn bei so zahlreichen Interessengruppen müssen wir mit ständiger Wachsamkeit darum bemüht sein, dass alle über unsere Anliegen unterrichtet sind. Wir können keinesfalls damit rechnen, dass nur deshalb, weil wir ein grosser und bedeutender Wirtschaftszweig sind, jede Organisation für unsere Ziele und Bestrebungen eingenommen ist, wenn wir sie nicht in überzeugender Weise verständlich gemacht haben.

Zu diesem Zweck müssen wir alle uns zur Verfügung stehenden Mittel der Öffentlichkeitsarbeit einsetzen. Wir müssen diejenigen Organisationen ermitteln, die die Denk- und Handlungsweise der Regierungen bezüglich Elektrizitätswirtschaft beeinflussen können, wir müssen erfahren, was sie von uns verlangen, ihre Haltung verstehen und uns um ihre ständige Information bemühen. Dies haben wir nicht nur in unserem eigenen Land zu tun, sondern in anderen Ländern auch, und hier kommt der UNIPÉDE eine bedeutende Rolle zu. Wir müssen einander laufend davon unterrichten, was wir getan haben, was wir gerade tun und was wir planen. Und wenn die Tendenz zur Bildung supranationaler Behörden anhält, was sehr wahrscheinlich ist, dann hat eine Organisation wie die UNIPÉDE von sich aus eine zunehmend aktive Rolle in der Öffentlichkeitsarbeit zu übernehmen. Das ist eine Herausforderung, die die Zukunft an uns stellt, aber die interessant ist, wenn wir bereit sind, sie anzunehmen.

Adresse des Autors:

P. A. Maybury, Press and Public Relations Officer, The Electricity Council, 30 Millbank, London SW1P 4RD.